



GOVERNANCE IN RÄUMEN BEGRENZTER STAATLICHKEIT

EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren,



Thomas Risse

Sie haben es vielleicht bemerkt: Der SFB 700-Newsletter erscheint diesmal etwas später als gewohnt. Grund dafür war die intensive Vorbereitung der Begutachtung des ersten SFB-Fortsetzungsantrags durch die DFG. Wir freuen uns sehr darüber, dass die Gutachtergruppe einen positiven Eindruck von unserer Arbeit gewonnen hat und wir weitere vier Jahre durch die DFG gefördert werden.

Für den vorliegenden Newsletter haben wieder zwei wissenschaftliche Mitarbeitende des SFB 700 Beiträge verfasst. Die Historikerin Mónica Contreras Saiz (Projekt B5) beschäftigt sich mit der Situation der Mapuche, einer indigenen Gruppe in Chile. Der Politikwissenschaftler Boris Wilke (Projekt C1) wirft einen Blick auf Governance und Sicherheit in Pakistan. Daneben informieren wir Sie wie gewohnt über verschiedene Neuigkeiten aus dem SFB.

Auf Ihre Reaktionen und Kommentare sind wir wie immer gespannt!

Ihr

Thomas Risse

Thomas Risse
Sprecher des SFB 700

AUS DEM INHALT

Die Mapuche in Süd-Chile	2
.....	2
Governance und Sicherheit in Pakistan	3

SFB 700 erfolgreich begutachtet

Gut 1.000 Seiten umfasste der Fortsetzungsantrag des SFB 700, den die 15-köpfige Gutachtergruppe der DFG im letzten Juni zu bewerten hatte. Während der zweitägigen Begehung wurde intensiv über die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse und die Forschungsagenda für die kommenden vier Jahre diskutiert. Fünf neu beantragte Projekte werden künftig das Forschungsprogramm des SFB ergänzen. Sie befassen sich u.a. mit Governance im Vorderen Orient (Prof. Cilja Harders), Regieren im frühen Mittelalter (Prof. Stefan Esders), Governancetransfers im Bereich Sicherheit (Dr. Ursula Schröder), humani-

tärer Governance (Prof. Heike Krieger) und der Governance geistiger Eigentumsrechte (Prof. Susanne Lütz). Am 17.11. sprach sich der Bewilligungsausschuss der DFG für die weitere Förderung des SFB 700 von 2010 bis 2013 aus.



Kurzmeldungen



RALPH HAMANN AM SFB

Im Juni 2009 war Ralph Hamann am SFB 700 zu Gast. Er ist derzeit als *Senior Researcher* an der *Environmental Evaluation Unit (EEU)* der Universität Kapstadt tätig und kooperiert seit 2007 mit dem SFB-Teilprojekt D2, das unter anderem zu *Corporate Social Responsibility* in Südafrika arbeitet und nicht zuletzt durch Hamann vom hervorragenden Forschungsumfeld in Kapstadt profitieren konnte. Hamann ist zudem *Associate Professor* an der Universität Stellenbosch und war Forschungsleiter am *Centre for Corporate Citizenship* der Universität Südafrika.



NEUER SAMMELBAND

In der Governance-Schriftenreihe des Nomos Verlages ist ein weiterer Band aus dem SFB 700 erschienen. Der von Matthias Kötter und Gunnar Folke Schuppert herausgegebene Band trägt den Titel „Normative Pluralität ordnen“. Die Beiträge thematisieren das Nebeneinander unterschiedlicher Normen in lokalen, nationalen und transnationalen Kontexten. Sie eröffnen rechts-, sozial- und kulturwissenschaftliche

Perspektiven auf dadurch entstehende Probleme und entwickeln Vorschläge zu deren Bewältigung mit den Mitteln des Rechts. Kötter, Matthias/Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) 2009: *Normative Pluralität ordnen*. Rechtsbegriffe, Normenkollisionen und Rule of Law in Kontexten dies- und jenseits des Staates. Nomos Verlag, Baden-Baden.



ECPR 2009

Mehr als 2.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nahmen an der diesjährigen Generalkonferenz des European Consortium for Political Research (ECPR) teil. Die größte europäische Fachkonferenz mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt fand diesmal in Potsdam statt. Für den Hauptvortrag konnte John Mearsheimer (s. Foto) gewonnen werden, der über Europa 20 Jahre nach dem Fall der Mauer sprach. Der SFB 700 war mit einer eigenen Section über “Governance in Areas of Limited Statehood” präsent, die sechs Panel u.a. zu Security Governance, Health Governance und Corporate Social Responsibility umfasste.



Zur historischen Kontinuität aktueller Governance-Konflikte: Die Mapuche in Süd-Chile

Das Projekt B5 des SFB 700 untersucht Governance-Mechanismen zur Einbeziehung indigener Gemeinschaften in Lateinamerika aus historischer Perspektive und fokussiert dabei auf die Übergangsphase zwischen Kolonie und Republik. Durch den Vergleich zweier mikrohistorischer Fallstudien in Nordwest-Mexiko (Region Sonora) und Süd-Chile (Region Araukania) zwischen 1767 und 1857 wird nachvollzogen, welche Relevanz die kulturelle Heterogenität der Bevölkerung für das Regieren in diesen Räumen hatte. Dabei gilt bis heute, dass die Integration indigener Gemeinschaften eine der größten Herausforderungen für die lateinamerikanischen Staaten darstellt.



Gastfamilie Cuñumil Quiñimil (eigenes Foto)

Die Untersuchungen zu diesem Thema begannen im historischen Archiv von Santiago de Chile und führten mich anschließend zum Archiv des Franziskaner-Ordens, der nach 1767 für die Missionen im Gebiet der Mapuche,

einer indigenen Gemeinschaft in der Region Araukania in Süd-Chile, zuständig war. Während ich dort den Bericht eines Franziskanerpaters aus dem Jahre 1785 las, berichtete eine Nonne dem Leiter des Archivs von ihren aktuellen Erfahrungen mit den Mapuche. Schwester J. M. ist die Geschäftsführerin einer katholischen Schule in Ercilla (Süd-Chile, Provinz Malleco), die auch von vielen Kindern der Mapuche besucht wird. Was sie dem Archivleiter über die Mapuche in der Provinz Malleco erzählte, entsprach nahezu wortwörtlich dem Bericht aus dem 18. Jahrhundert, den ich gerade in den Händen hielt: Die Mapuche seien unregierbar; die Mapuche verhandelten einfach nicht; den Mapuche fiel es schwer, weißen Menschen zu vertrauen; die Mapuche betränken sich gerne und niemand dürfe ihr Gebiet betreten. Mehr als 200 Jahre lagen zwischen dem Bericht des Franziskanerpaters und der aktuellen Schilderung, der Diskurs über die Mapuche aber scheint derselbe geblieben zu sein. Ich beschloss daher, meine historischen Untersuchungen durch einen Abstecher in die Feldforschung zu ergänzen.

Obwohl die Mapuche ethnographisch ein Volk mit einer sehr starken kulturellen Identität sind und sie ein außergewöhnliches kulturelles Gedächtnis besitzen, besteht in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht erhebliche Vielfalt. Die Mapuche bilden eine Vielzahl von *Comunidades* (Gemeinden), die sich in ihrer Organisation zum Teil deutlich voneinander unterscheiden. Bis heute bilden sie keine geschlossene politische Einheit.

Ein Beispiel ist die Mapuche-Comunidad Collico in der Malleco-Provinz, in der ich dank einer Einladung von Schwester J. M.

mit der Familie des Lonko (Häuptling) Carlos Cuñumil, „Don Carlitos“ genannt, in Kontakt treten konnte. Don Carlitos und seine Familie bezeichnen sich und ihre Comunidad Collico als „friedlich“ und als Feinde der Gewalt. Sie nehmen materielle Zuwendungen in Anspruch, die der chilenische Staat aufbringt, um die Integration der Mapuche zu fördern. Diese Zuwendungen an die Mapuche führen eine Tradition fort, die bis in die früheste Kolonialzeit zurückreicht. In meiner Gastfamilie ist die Garantie des Landbesitzes ein zentrales Thema. „Die Mapuche-Bevölkerung wächst“, sagte mir Don Carlitos, „aber das Land dehnt sich nicht aus, Señorita“.

Die benachbarte Comunidad Temuicui hat sich dagegen für den radikalen gewaltsamen Kampf entschieden, mit dem sie ihr Recht auf das Land, das sie bewohnen und bebauen, durchzusetzen versucht. Bei ihren Protesten haben sie Straßen blockiert, Fahrzeuge und landwirtschaftliche Flächen der Großgrundbesitzer abgebrannt sowie Angriffe gegen die Polizei geführt. Als Reaktion darauf veranstaltete die Polizei gewalttätige Razzien in den betroffenen Gebieten und stellte diese unter permanente polizeiliche Kontrolle. Daraufhin besetzten Mapuche-Schüler Ende Juli 2009 eine Schule, um gegen die Besetzung des Temuicui-Gebietes durch chilenische Polizeikräfte zu demonstrieren.

Die heutigen Mapuche-Organisationen bestehen auf der Autonomie und Unabhängigkeit ihrer angestammten Siedlungsgebiete, ein Anliegen, das sich mit dem Anspruch moderner Nationalstaaten auf territoriale Einheit nur schwer oder gar nicht vereinbaren lässt. Dieser Widerspruch führte in den letzten Jahren immer öfter zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Mapuche und der chilenischen Polizei. Im Jahre 2010 werden die meisten Länder Südamerikas den „Bicentenario“ feiern, in Gedenken an den 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Lateinamerikas.



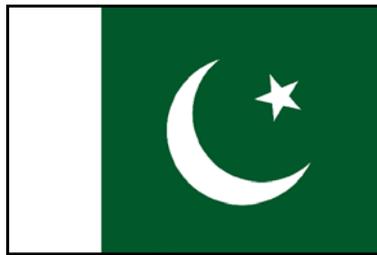
Festnahme eines Mapuche-Schülers (Quelle: australtemuco.cl)

Die indigenen Bevölkerungen dieses Kontinents haben dabei nicht viel zu feiern, denn viele von ihnen kämpfen noch immer für ihre Rechte.

Mónica Contreras Saiz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im von Prof. Dr. Stefan Rinke geleiteten Teilprojekt B5 „Herrschaftslegitimierung über Partizipation im kulturell heterogenen Raum: Lateinamerika zwischen Kolonie und postkolonialem Staat, 1759-1865“.

Governance und Sicherheit in Pakistan

Seit der Erstürmung der im Zentrum der Hauptstadt Islamabad gelegenen „Roten Moschee“ durch die pakistanische Armee am 10. Juli 2007 gilt es vielen Beobachtern als ausgemacht, dass es sich bei Pakistan um einen gescheiterten Staat handelt, dem aufgrund seines Status als Nuklearmacht überdies der Titel des gefährlichsten Landes der Welt zusteht. Doch entgegen dem Anschein droht Pakistan bisher nicht der Zerfall, und im Land herrscht auch keine Anarchie. Vielmehr ist Pakistan ein Raum begrenzter Staatlichkeit, der trotz mannigfaltiger Krisenerscheinungen in vielerlei Hinsicht nicht dem Klischee des von internationalen Organisationen einseitig abhängigen, zum bloßen Objekt der Weltpolitik verkommene, schwachen Dritte-Welt-Staates entspricht. Nicht nur ist der pakistanische Staat in einigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aus Sicht seiner Bürger eher zu präsent, er spielt auch im Rahmen von Governance in der Regel die Rolle des federführenden Akteurs. Zurückzuführen ist dies schon auf die politische Ökonomie des vor-kolonialen indo-islamischen Raums, dessen differenzierte politische Strukturen, grenzübergreifende ökonomische Verflechtungen und vielschichtige symbolische Ordnungswelt unter britischer Herrschaft noch weiter akzentuiert worden waren. Im Ergebnis zählten zumindest die Kerngebiete des Britischen Raj, die zentrale Gebiete des heutigen Pakistans ausmachen, am Vorabend der Entkolonialisierung zu den politisch am stärksten entwickelten Räumen der Weltgesellschaft.



Diese strukturgeschichtlichen Voraussetzungen geben der Erkenntnis leitenden Problematik des Teilprojektes C1 im Falle Pakistans eine andere Form als in Post-Konflikt-Fällen und klassischen „schwachen“ Dritte-Welt-Staaten: Nicht internationale Interventionen und nachfolgende transnationale Kooperationen sind in Pakistan das Problem, sondern die Bewältigung des rapiden sozialen und politischen Wandels in einem wenig entgegenkommenden regionalen Umfeld. Zur Zeit ist die Überlagerung einer strukturellen Krise des politischen Systems durch eine Regimekrise zu beobachten, die durch externe Einflüsse noch verschärft wird: Seit über 30 Jahren befindet sich Pakistan im Zentrum einer grenzüberschreitenden Gewaltökonomie, die von Afghanistan bis in den indischen Teil Kaschmirs reicht und die innere Stabilität auf die Probe stellt. Auch die Präsenz internationaler Truppen in Afghanistan und die enge Zusammenarbeit der pakistanischen mit der US-Regierung seit 2002 wirkt sich negativ aus.

Die Forschungen des Projektes C1 kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass auch die Überlagerung dieser Krisen bisher die

Funktionsweise zentraler politischer Institutionen – wie etwa der Armee, der Polizei oder der Steuerverwaltung – nicht grundsätzlich in Frage stellt. Die bestehenden akuten Defizite ließen sich mit dem entsprechenden politischen Willen und einem entgegenkommenden regionalen Umfeld durchaus beheben. Anders verhält es sich mit den Governance-Leistungen auf dem Gebiet der Energie- und Gesundheitsversorgung sowie der Bildungspolitik, wo das Land vor großen strukturellen Schwierigkeiten steht.

Das Grundproblem von Governance in Pakistan liegt im Beharrungsvermögen der drei dominanten kolonialen Herrschaftsformen, die dem immer stärker urbanisierten und globalisierten Land immer weniger angemessen sind. So verfügt der anstaltsstaatliche ‚viceregal state‘ zwar im Gegensatz zu so manchem anderen Dritte-Welt-Staat weiterhin über das notwendige Wissen, das Land effektiv zu regieren, doch setzt er dieses im Rahmen einer Politik des ‚divide and rule‘ vornehmlich zur Spaltung der gesellschaftlichen Kräfte ein, um die Privilegien des militärischen und bürokratischen Establishments zu bewahren. Zugleich ist die auf Interessenausgleich ausgerichtete Praxis der ‚indirect rule‘ den Problemen heute immer weniger angemessen.

Es gibt jedoch auch Reformbemühungen, die in den Fallstudien des Projektes gesondert untersucht wurden: in der Megacity Karatschi, wo sich eine Public-Private-Partnership um die Verbesserung der inneren Sicherheit bemüht, und in der Provinz Belutschistan, wo der Zentralstaat die Strategie einer von militärischer Gewalt flankierten ökonomischen Inwertsetzung verfolgt. Im Ergebnis zeigt sich, dass diese modernen Formen von Governance unter einem eklatanten Legitimitätsdefizit leiden. Dieses kann nur behoben werden, wenn der soziale Wandel sich in wiederholten Wahlgängen auch politisch niederschlägt und das regionale Umfeld eine Konzentration auf nichtmilitärische Staatsaufgaben zulässt.

Boris Wilke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Teilprojekt C1 „Transnationale Kooperationspartnerschaften und die Gewährleistung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ (Leitung: Prof. Dr. Christoph Zürcher/ Prof. Dr. Ulrich Schneekener). Eine längere Abhandlung des Autors zu Sicherheitsgovernance in Pakistan erscheint in Kürze als SFB-Working Paper.

SFB-Governance Working Paper Series - Neuerscheinungen

Schneckener, Ulrich 2009: Spoilers or Governance Actors? Engaging Armed Non-State Groups in Areas of Limited Statehood, SFB Governance Working Paper Series, No. 21, Research Center (SFB) 700, Berlin, October 2009.

Börzel, Tanja A./Müller-Debus, Anna Kristin/Thauer, Christian 2009: Governing HIV/AIDS in South Africa. The Role of Firms, SFB-Governance Working Paper Series, No. 20, Research Center (SFB) 700, Berlin, June 2009.

Nagl, Dominik/Stange, Marion 2009: Staatlichkeit und Governance im Zeitalter der europäischen Expansion. Verwaltungsstrukturen und Herrschaftsinstitutionen in den britischen und französischen Kolonialimperien, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 19, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, Februar 2009.

Börzel, Tanja A./Pamuk, Yasemin/Stahn, Andreas 2008: The European Union and the Promotion of Good Governance in its Near Abroad. One Size Fits All? SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 18, Research Center (SFB) 700, Berlin, December 2008.

Koehler, Jan 2008: Auf der Suche nach Sicherheit. Die internationale Intervention in Afghanistan, SFB-Governance Working Paper Series, No. 17, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, June 2008.

Beisheim, Marianne/Fuhr, Harald (Hrsg.) 2008: Governance durch Interaktion nicht-staatlicher und staatlicher Akteure. Entstehungsbedingungen, Effektivität und Legitimität sowie Nachhaltigkeit, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 16, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, August 2008.

Buckley-Zistel, Susanne 2008: Transitional Justice als Weg zu Frieden und Sicherheit. Möglichkeiten und Grenzen, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 15, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, Juli 2008.

Eine Online-Übersicht aller bisher erschienenen Arbeitspapiere finden Sie auf unserer Website. Dort stehen diese auch zum Download bereit.

Kontakt

Freie Universität Berlin
Sonderforschungsbereich (SFB) 700
Alfried-Krupp-Haus Berlin
Binger Str. 40
14197 Berlin
Germany

Tel.: +49-30-838 58502
Fax: +49-30-838 58540
E-Mail: sfb700@zedat.fu-berlin.de
Web: www.sfb-governance.de
Redaktion/Layout: Ph. Haaser, M. Konradi, C. Rollin

Leitung des SFB 700

Sprecher	Prof. Dr. Thomas Risse
Sprecherin	Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl
wiss. Geschäftsführer	Dr. Lars Brozus



Forschungsprogramm des SFB 700

Governance ist zu einem zentralen Thema sozialwissenschaftlicher Forschung geworden. Der SFB 700 fragt nach den Bedingungen von Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, d.h. in Entwicklungs- und Transformationsländern, zerfallen(den) Staaten in den Krisenregionen der Welt oder, in historischer Perspektive, verschiedenen Kolonialtypen. Wie und unter welchen Bedingungen werden Governance-Leistungen in den Bereichen Herrschaft, Sicherheit, Wohlfahrt und Umwelt in Räumen begrenzter Staatlichkeit erbracht, und welche Probleme entstehen dabei? Der SFB 700, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), hat seine Arbeit 2006 aufgenommen.

Partnerorganisationen des SFB 700

Sprecheruniversität:
Freie Universität Berlin

Universität Potsdam

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Hertie School of Governance (HSoG)

European University Institute
Florence (EUI)

